



CDU

KREISVERBAND BONN

Ausgabe Nr. 4 | November bis Dezember 2019

Union Kurier

Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Seite an Seite mit der Region

www.cdu-bonn.de

Seite an Seite mit der Region

■ Von Nathanael Liminski, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Die NRW-Koalition bleibt verlässlicher Partner für die Verhandlungen zum Bonn-Vertrag

Vor gut drei Jahren hat sich Bonn gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler auf den Weg gemacht, den Standort der Bundesstadt Bonn als zweites bundespolitisches Zentrum zu stärken. In einem im Juni 2016 beschlossenen Positionspapier wurden damals die Stärken der Bundesstadt Bonn als Kompetenzzentrum für Deutschland beschrieben und ein sichtbares Zeichen gesetzt, dass die Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes auch über 20 Jahre nach dessen Verabschiedung mit Argusaugen weiterverfolgt werde.

25 Jahre Bonn-Berlin-Vertrag: Leitbild bringt neue Dynamik

Das Papier wurde im zeitlichen Kontext des Sachstandsberichts zur Umsetzung des Berlin/Bonn-Gesetzes beschlossen. Denn bereits vor Veröffentlichung des Sachstandsberichts durch die damalige SPD-Bundesbauministerin Barbara Hendricks in ihrer Funktion als Beauftragte der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich zeichnete sich ab, dass ihr Bericht ohne konkrete Ergebnisse bleiben sollte. Und dass, obwohl die im Berlin/Bonn-Gesetz festgelegte Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn nicht mehr eingehalten wurde. Bereits seit 2008 befand sich die Mehrzahl der ministeriellen Arbeitsplätze entgegen der gesetzlichen Bestimmung in Berlin und eine zu Gunsten Berlins ausgerichtete Einstellungspolitik tat ihr Übriges für den sogenannten Rutschbahneffekt. Doch das Bundeskabinett nahm den Sachstandsbericht im Februar 2017 ohne weitere Diskussion oder Beschlussfassung zur Kenntnis.

Der damalige Zusammenschluss der Region war auch eine Reaktion auf ein fehlendes bundespolitisches Bekenntnis und ein erster Versuch, die jahrelange Abwehrdebatte mit Akzenten in die Zukunft zu verändern.

Um genau diese strategische Hinwendung auf die Stärken der Region zu unterstützen, hat Ministerpräsident Armin Laschet bei den Verhandlungen zur Bildung der Großen Koalition den Schulterschluss mit seiner rheinland-pfälzischen Kollegin Malu Dreyer und der damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles gesucht, um neben einem starken Bekenntnis zu Bonn als zweitem bundespolitisches Zentrum den Bonn-Vertrag im Koalitionsvertrag zu verankern. Ein eigener Bonn-Vertrag als eine vertragliche Zusatzvereinbarung zwischen dem Bund und der Region sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz – das war und ist keine Selbstverständlichkeit, zumal mit Blick auf die bundesweite Debatte.

Umso wichtiger war und ist es, die Verhandlungen mit dem Bund sorgfältig vorzubereiten. Genau dazu haben Vertreter der beiden beteiligten Länder, der drei umliegenden Landkreise und der Bundesstadt Bonn gemeinsam mit Abgeordneten der Landtage, des Bundestags und des Europäischen Parlaments sowie Vertretern der Personalräte und der Hochschulen in der Region ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet und am 17. Juni 2019 im Bonner Stadthaus beschlossen. Das Leitbild wurde umgehend an Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie an den zuständigen Bundesbauminister Horst Seehofer versandt. Ziel ist es, die Vertragsverhandlungen nach der Sommerpause aufzunehmen und möglichst bis zum Ende des Jahres Einvernehmen über die Eckpunkte erreicht zu haben, um in 2020 einen Vertrag mit dem Bund abzuschließen.

„Es geht um Zukunftsinvestitionen“

Mit dem Positionspapier als Konsens über die Grenzen zwischen Parteien und Gebietskörperschaften hinweg sendet die Region ein starkes Signal nach Berlin. Mit der Formulierung eines zukunftsorientierten Leitbilds und der Fokussierung auf die daraus abgeleiteten Forderungen haben wir Lehren aus den jüngsten Strukturwandel-Diskussionen – sei es im Kontext Kohleausstieg oder im Kontext Gleichwertige Lebensverhältnisse – bereits vorab gezogen. Es geht nicht um Ausgleichsmaßnahmen, sondern um Zukunftsinvestitionen. In diesem Sinne ist die Struktur des Leitbildes an das Positionspapier von 2016 angelehnt. Aufbauend auf den im Vorgängerpapier festgehaltenen Schwerpunktbereichen werden nun konkrete Vorschläge zur Stärkung der bereits heute vorhandenen Kompetenzen im Bereich Internationales, Nachhaltigkeit, Wissenschaft, Kultur und Cyber-Sicherheit an den Bund gemacht. Es sind gemeinsame Vorschläge – kein leichtes Unterfangen, wenn man die Vielzahl der lokalen und thematischen Interessen berücksichtigt. Doch die Zusammenarbeit unter der Leitung des Bonner Oberbürgermeisters war von großer Kollegialität und zielorientiertem Realitätssinn geprägt. Die handelnden Akteure – allen voran Oberbürgermeister Ashok Sridharan und die drei Landräte Sebastian Schuster, Achim Hallerbach und Joachim Pföhler – rückten im Interesse der gesamten Region zusammen.

Land NRW stärkt Bonn

Dabei konnten und können sie sich weiterhin auf die nordrhein-westfälische Landesregierung verlassen. Ministerpräsident Armin Laschet hat mit seinem Besuch bei Oberbürgermeister Ashok Sridharan am 19. Juni 2019 das Ziel der von ihm und seinem Stellvertreter Joachim Stamp geführten Landesregierung unterstrichen, Bonn als zweites bundespolitisches Zentrum und einzigen deutschen UN-Standort weiter zu stärken. Dazu wartet die Landesregierung nicht auf den Bund, sondern trifft bereits eigene Entscheidungen für Bonn. Um nur drei zu nennen: Mit der Bereitstellung der ehemaligen NRW-Landesvertretung als neues Hauptquartier für das Internationale Paralympische Komitee haben wir sichergestellt, dass diese weltweit renommierte Institution dauerhaft in Bonn ihren Sitz hat. Die neue Nordrhein-westfälische Akademie für Inter-

nationale Politik in Bonn bietet künftig ein Forum für wissenschaftliche und politische Impulse aus dem Nord-Süd-Landes Nordrhein-Westfalen zu Fragen der internationalen Politik. Mit der Förderung des Innovation Campus Bonn unterstützen wir die Universität Bonn dabei, ihre Exzellenz auch in Fragen der Forschung zu Nachhaltigkeits-, Entwicklungshilfe- und Sicherheitspolitik auszubauen.

Wir sind als Landesregierung davon überzeugt: Von neuen Impulsen für die „Welthauptstadt für Nachhaltigkeit und Klimaschutz“, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Bonn einmal bezeichnet hat, profitieren ganz Deutschland und Nordrhein-Westfalen gleichermaßen.

Zweites bundespolitisches Zentrum

- dauerhafte Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn mit dem Verbleib von Bundesministerien und entsprechenden ministeriellen Arbeitsplätzen in Bonn
- Stärkung der Region Bonn als Verwaltungsstandort des Bundes durch neue Behörden und bundesgeförderte Einrichtungen

Einziger deutscher UN-Standort

- Stärkung Bonns als einziger deutscher UN-Standort und als Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Nachhaltigkeitspolitik durch geförderte Ansiedlung internationaler Organisationen
- Ausbau des World Conference Center Bonn und aktive Bewerbung um die Ausrichtung international profilbildender Kongresse und Konferenzen

Forschung für Nachhaltigkeit

- Ausbau des universitären und außeruniversitären Wissenschaftsstandortes, unter anderem durch Förderung des Innovation-Campus Bonn (ICB)
- Realisierung des vom Forschungsmuseum Alexander Koenig initiierten „Wissenschaftlichen Zentrums für Monitoring von Biodiversität“

Cyber-Sicherheit und Datenschutz

- Profilierung Bonns im Kompetenzfeld Cyber-Security und Datensicherheit mit Blick auf einzigartige regionale Spezialisierung in Wirtschaft, Wissenschaft, Informationstechnologie und Verwaltung
- Errichtung einer „Secure Digital City Bonn“ als bundesweites Pilotprojekt für eine stadtteilbezogene sichere Digital-Infrastruktur mit dem Ziel, sichere Technologien für einen Massenmarkt tauglich zu machen

Kultur

- Stärkung des Angebots der Kulturstadt Bonn für nationale und internationale Gäste durch Bundesstadtförderungsvertrag
- Beethoven-Erbe als nationale Aufgabe: dauerhafte institutionelle Förderung des Internationalen Beethovenfestes Bonn

Infrastruktur

- Verbesserung der länder- und kreisübergreifenden Verkehrsinfrastruktur als elementarer Bestandteil für das „Funktionieren“ der Region Bonn





Aus dem Stadtverband

Kinder sind Zukunft – hier investieren wir Stärkung der OGS

Der Stadtrat hat das Angebot der Offenen Ganztagschule (OGS) in Bonn weiter gestärkt. Neben dem jährlichen Ausbau von weiteren 300 Plätzen hat der Rat das OGS-Budget für den OGS-Regelplatz ab dem Schuljahr 2019/2020 von derzeit 2.663 Euro auf 2.849 Euro pro Kind und Platz erhöht und danach um jährlich zwei Prozent dynamisiert. Damit wird das OGS-Budget an die Lohnkosten angepasst und die hohe Qualität der Betreuung langfristig gesichert. Zum neuen Schuljahr sollen insgesamt 8441 OGS-Plätze zur Verfügung stehen. Das OGS-Angebot umfasst grundsätzlich eine regelmäßige Betreuung bis 16.30 Uhr sowie 6 Wochen Ferienbetreuung. Damit stellt die OGS einen wichtigen Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar.

OGSplus für besondere Förderung

Für Kinder mit besonderem Förderbedarf wird das OGSplus Programm weiter ausgebaut. Künftig gibt es zwei Förderkategorien, die unterschiedlichen Bedarfen entsprechen. Die Förderung erfolgt stets für den gesamten OGS-Standort. Hier werden mehr Mittel als zuvor für Personal, Spiele und Materialien bereitgestellt bzw. noch intensiver betreut und gefördert. Die über das Budget für den OGS-Regelplatz hinausgehenden Fördersätze werden je nach Förderkategorie für das Schuljahr 2019/2020 pro Kind auf 1.030 Euro bzw. auf 1.610 Euro festgelegt. Durch freiwillige Leistungen ergänzt die Stadt Bonn hier das Angebot und sorgt für eine

bedarfsgerechte, qualitativ hohe Förderung. Kinder können gezielt sprachlich, schulisch und im Sozialverhalten gefördert werden, um somit bessere Chancen zu einer positiven Entwicklung zu erhalten.

Schulfrühstück

Der Rat hat beschlossen, in einem Modellprojekt für die kommenden zwei Jahre ein kostenloses Schulfrühstück anzubieten. Ziel ist es, dass kein Kind hungrig in der Schule sitzen muss und somit eine konzentrierte Teilnahme am Unterricht möglich ist.

Insgesamt werden an folgenden neun Grundschulen und drei Förderschulen etwa 1600 Schülerinnen und Schüler mit Frühstück versorgt: Astrid-Lindgren-Schule, Carl-Schurz Schule, Gotenschule, Gottfried-Kinkel-Schule, Kettelerschule, Laurentiuschule, Lyngsbergschule, Marktschule, Grundschule Om Berg, Robert-Koch-Schule sowie Rheinschule und Siebengebirgsschule. Die Umsetzung wird an den Schulen individuell gestaltet, teilweise mit Unterstützung des OGS-Trägers oder der Fördervereine und Ehrenamtlichen.

Die Einführung des Schulfrühstücks ist ein freiwilliges Angebot der Stadt Bonn zur Verbesserung der Teilhabechancen und zur Bekämpfung der Kinderarmut. Voraussichtlich liegen die Ausgaben für alle Schulen bei circa 500.000 Euro, die aus dem städtischen Haushalt finanziert werden.

Aus dem Landtag

Reform des

Kommunalabgabengesetzes (KAG):

NRW-Koalition beschließt Änderung der Straßenausbaubeiträge –

Anlieger werden finanziell deutlich entlastet

■ Von Guido Déus MdL

Anlieger werden finanziell deutlich entlastet

Die NRW-Koalition hat Anfang Juli 2019 eine Reform des Kommunalabgabengesetzes (KAG) auf den Weg gebracht. Mit den vorgesehenen Änderungen wird eine deutliche Entlastung der Straßenausbaubeiträge gemäß § 8 KAG (NRW) für Anliegerinnen und Anlieger einhergehen. Möglich wird dies durch eine finanzielle Förderung des Landes, mit der die zukünftigen Mindereinnahmen der Kommunen kompensiert werden. Mit der Neuregelung der Straßenausbaubeiträge reagiert die Landesregierung auf die Situation, die sich aus dem Missverhältnis der stark gestiegenen Straßenbaukosten im Verhältnis zur gleich gebliebenen Leistung für die Bürger ergeben hatte. Das Thema der Straßenausbaubeiträge hatte in der Vergangenheit in vielen Kommunen aufgrund von Belastungsspitzen für Anlieger zu Diskussionen geführt. Durch eine Härtefallregelung und die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ratenzahlung wird eine Überlastung von Anwohnern in den Kommunen zukünftig verhindert.

Das System der Straßenausbaubeiträge wird insgesamt auf eine neue Grundlage gestellt: Beginnend mit dem NRW-Landeshaushalt 2020 wird ein Förderprogramm in Höhe von jährlich 65 Mio. Euro bereitgestellt, um die für Kommunen ausfallenden Beiträge der Anlieger aufzufangen. Gemäß dem Grundsatz der Kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz (GG) ist die Teilnahme der Kommunen am Förderprogramm des Landes freiwillig. Die Kommune kann die Förderung nur für beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen gemäß KAG beantragen, die nach dem 1.1.2018 begonnen wurden. Als Beginn der Maßnahme gilt der Beschluss des

zuständigen Rates. Sofern eine Kommune für ausfallende Anliegerbeiträge Fördermittel beantragt, ist sie gehalten nicht mehr die bisher angewendete Muster-satzung für die Berechnung der Anlieger heranzuziehen, sondern eine neue Staffellung. Diese enthält eine Halbierung der bisherigen Höchstsätze. Neu eingeführt wird eine verpflichtende, zeitlich vorgelagerte Bürgerbeteiligung der von der Straßenbaumaßnahme betroffenen Grundstückseigentümer. Anlieger können so zukünftig vor Beschluss der Maßnahme Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung und die im Zusammenhang stehenden Kosten nehmen.

Die NRW-Koalition beweist einmal mehr, dass sie – unter Beachtung haushaltspolitischen Realitätssinns – nicht nur die Kommunen entlastet, sondern die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort im Blick hat. Ein wichtiger Schritt für mehr Akzeptanz bei Anliegern für zukünftige Straßenausbaumaßnahmen!

Veranstaltungen und Termine

Bonn

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Beuel

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Hardtberg

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Bad Godesberg

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Vereinigungen

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Fr. 30.08.2019, 18 h:

Sommerempfang

Bezirksverband Bonn
Endenicher Burg
Am Burggraben 18
53121 Bonn.

Gesonderte Einladung folgt.

Vorstandswahlen

KV Junge Union

Vorsitzender: Christian Weiler;
Stv. Vorsitzende/r: Joshua Breuer, Jonas Henges,
Laura Lohr; Schatzmeisterin: Franziska; Busch;
Beisitzer/innen: Marlon Brüssel, Alexandros Gilch,
Alexander Kramer, Katharina Mann, Mert O.,
Torben Riese, Sebastian Tewes.

OV Brüser Berg/Lengsdorf

Vorsitzender: Marc Defosse;
Stv. Vorsitzender: Peter Holly, Wolfgang Esser;
Schriftführer: Christian Weiler;
Organisationsleiter: Hubert Schneider;
Beisitzer/innen: Karl-Heinz Conrad, Ines Davids,
Marlene Eulgem, Birgitta Jackel, Marc Müller,
Christoph Schada v. Borzyskowski, Petra Thorand.

OV Beuel-Ost

Vorsitzender: Andreas Gronimus;
Stv.Vorsitzender: Frederick Geitel;
Schriftführerin und Organisationsleiterin: Imke
Arracher;
Jugendbeauftragter: Marc Ballensiefen;
Mitgliederbeauftragter: Burkhard Geitel;
Beisitzer/innen: Karin Löffler, Bruno Lossau.

OV Bonn-Nordstadt

Vorsitzender: Gordon F. Land;
Stv. Vorsitzender: Klaus Großkurth, Thomas Müller;
Schriftführer: Johannes Schulze-Horn;
Beisitzer/innen: Monika Joosten,



Redaktionsschluss 15. September 2019

für die Doppelausgabe Oktober/November 2019 des Union Kuriers. Bitte denken Sie daran, dass die Termine bis einschließlich 5. Dezember 2019 veröffentlicht werden. Weitere Termine unter www.cdu-bonn.de



www.cdu-bonn.de



facebook.com/cdu-bonn



twitter.com/cdu



cdu.tv



instagram.com/cdu

Herausgeber

CDU-Kreisverband Bonn
Carl-Troll-Straße 63
53115 Bonn

Telefon 917780

Telefax 91 77 888

E-Mail unionkurier@cdu-bonn.de

www.cdu-bonn.de

Bank: Sparkasse KölnBonn
BIC: COLSDE33XXX

IBAN: DE19370501980031026008

Redaktion

Stephan Masseling (v.i.S.d.P.), Alisa Topp

Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Layout & Druck:

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach

Telefon 02226 802-0

Telefax 02226 802-111

E-Mail info@ubgnet.de

Web www.ubg365.de

Hinweis:

Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.